

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 4

68. Jahrgang

Berlin, den 30. Juli 1930

Nummer 61

Reichstagswahl-Vorbereitungen des Unternehmertums

Die Reichstagswahl am 14. September wirft bereits recht dunkle Schatten voraus. Nicht nur, daß durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung das Tragen von Schuß- und Siebaffen für das ganze Reich verboten und mit schweren Strafen bedroht wird, auch die Reaktion in jeglicher Gestalt schmiedet eifrig Pläne zur Niederrückung der „marxistischen Front“ und zur Aufrichtung des „Dritten Reichs der nationalen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit“, das heißt des Faschismus.

Als Gewerkschafter interessieren uns naturgemäß besonders die Anstrengungen der gewaltigen Industriemagnaten, die darauf hinauslaufen, den wirtschaftspolitischen Einfluß des Unternehmertums zu verstärken. Bereits vor Monaten wurde in Industriellenkreisen der Gründung eines Wahlfonds zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nähergetreten. In einem Rundschreiben, das damals der Reichsverband der deutschen Industrie verfaßte, wurde es den einzelnen Fachverbänden zur „moralischen Pflicht“ gemacht, von ihren Mitgliedern einen Durchschnittssatz von einer Mark für jeden beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu erheben. Die Eingahlungen müssen bis zum 1. August 1930 erfolgt sein. Um die Notwendigkeit des zu schaffenden industriellen Repräsentationsfonds für die kommende Reichstagswahl zu unterstreichen, hat vor einiger Zeit der Großindustrielle Duisberg an die im Reichsverband der deutschen Industrie zusammengeschlossenen Unternehmer in einer Kundgebung die ungewöhnliche Mahnung gerichtet, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aktiv handelnd sich an der Politik zu beteiligen, dem politischen Leben nicht passiv gegenüberüberstehen, sondern in die Parlamente der Gemeinden, der Länder und des Reiches hineinzugehen. Die beachtlichste Wirkung dieses Appells dürfte ebensowenig ausbleiben wie bei früheren Aufforderungen, die in gleicher Richtung lagen.

Wenn es sich um Mandatskauf für die Vertretung industrieller Interessen, um Unterstützung staats- und arbeiterfeindlicher Organisationen oder um sonstige mittelbare Beeinflussung der Politik handelte, haben die industriellen Scharfmacher im Gefolge der Duisbergs, Stinnes, Siemens, Böglers usw. noch nie versagt. Es sei hier nur an das Ostelbische Kohlenyndikat erinnert, das während der letzten Reichstagswahl an bürgerliche Parteien, auch an die Nationalsozialisten, Wahlgelder verteilte. Beim Reichsverband der deutschen Industrie wurde bereits im Jahre 1921 ein Fonds eingerichtet, für den nach der Marktstabilisierung im Jahre 1925 eine Nachzahlung angefordert und geleistet wurde. In dem schon erwähnten Rundschreiben Duisbergs wird zu der damaligen Nachzahlung gesagt, daß es „durch diese außerordentlichen Mittel möglich gewesen sei, in mancher für die Industrie wichtige Angelegenheit tatkräftig eingzugreifen und Erfolge zu erzielen“.

Um auch bei der bevorstehenden Reichstagswahl im Interesse der Großindustriellen tatkräftig einzugreifen und Erfolge zu erzielen, wird vom Reichsverband der deutschen Industrie wieder einmal der Klingelbeutel kräftig geschwungen. Obwohl die Industrie angeblich auf dem letzten Lode liegt, ist doch nicht zu bezweifeln, daß die nach der Kopfzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zu bemessenden Wahlgelder reichlich fließen werden. Was das besagen will, dürfte sich jeder selbst klarmachen können, der bedenkt, daß die deutsche Industrie in Fachverbänden reiflos organisiert ist, die ihrerseits wieder dem Reichsverband der deutschen Industrie als Dachorganisation

angehören. Die Zahl der gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten wurde vom Statistischen Reichsamt für Mitte 1930 auf 21 404 000 geschätzt. Etwa 20 Millionen davon entfallen auf die Industrie. Allein die drei Großkonzerne Siemens, die Vereinigten Stahlwerke und der Farbentruß beschäftigen bis zu 200 000 Menschen. Die zusammenfließenden Gelder sollen dem ausgesprochenen Zweck dienen, denjenigen Parteien Wahlunterstützungen zukommen zu lassen, die den industriellen politischen Helfersdienste leisten bei ihren Angriffen auf die wirtschaftlichen und rechtlichen Erwerbungsansprüche der Arbeiterschaft. Das für Wahlzwecke verausgabte Geld kommt der Industrie durch ihre Vertreter in den Parlamenten indirekt wieder zugute.

Bei den Plänen des Unternehmertums handelt es sich vor allen Dingen um die Verwirklichung von einschneidenden Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Durchbrechung der verfassungsmäßigen Rechte der Gewerkschaften, um die Bekämpfung der Arbeitslosenversicherung und der gesamten Sozialgesetzgebung. Daß es nicht zur Verwirklichung dieser Pläne kommt, daran hat die gesamte Arbeitnehmererschaft das denkbar größte Interesse. Leider aber ist es eine traurige Tatsache, daß in den breiten Volksschichten über die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft noch große Unklarheit besteht. Die Zahl der nur immer Sinkenden und niemals Findenden ist noch riesengroß. Auch in der Arbeiterschaft herrscht jene Unklarheit noch in starkem Maße vor, obwohl sie angesichts ihrer Lage sich am ehesten davon freimachen könnte. Statt ein Minimum von Einigkeit in den lebenswichtigsten Fragen an den Tag zu legen, schwächt die Arbeiterschaft ihre Position durch ihre parteipolitische und konfessionelle Zersplitterung in eine Anzahl von Gruppen und Grüppchen auf geradezu hinverbrannte Art und Weise. Daß damit den Scharfmachern und ihrer politischen Wölfe in die Hände gearbeitet wird, ist doch sonnenklar. Und doch wäre nichts wichtiger, als die ganze ungeheure Kraft und Energie der arbeitenden Menschen im Kampfe gegen die Kugeln ihrer Arbeit zu konzentrieren!

Mit gutem Recht wird gegenwärtig in der Arbeiterpresse auf die beschämende Tatsache hingewiesen, daß es im letzten Reichstag nicht ein einziges Mal möglich gewesen ist, die 207 Reichstagsmandate der beiden politischen Arbeiterparteien geschlossen für die Zwecke der Arbeiterschaft positiv in die Waagschale zu werfen! Im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse kann man nur wünschen, daß der sich durch einen solchen Vorgang kennzeichnende gegenwärtige geistige Tiefstand der Arbeiterbewegung baldigst überwunden wird durch Überlegung und vernunftgemäßes Handeln. Die Gewerkschaften sind und bleiben das natürliche Bindeglied und die wertvollste Waffe der Arbeiterschaft. Als Gewerkschafter wissen wir, daß das Unternehmertum kein Mittel scheint, um jede politische Möglichkeit zur Niederrückung und Ausbeutung der arbeitenden Schichten auszunutzen. Fassen wir deshalb den Appell des Großindustriellen Duisberg zur Stärkung des wirtschaftspolitischen Einflusses des Unternehmertums gleichzeitig als Warnung an die Arbeiterschaft auf zur entschlossenen Abwehr der reaktionären Attacke des Reichsverbandes der deutschen Industrie!

Zum Reichstag der Deutschen Republik wählen, bedeutet mitbestimmen über den Gang der zukünftigen politischen Entwicklung und damit über sein eigenes Schicksal entscheiden. Größere staatsbürgerliche Freiheiten sind nur denkbar durch politische Klarheit und dementsprechende Betätigung. Die politischen Interessen der Gewerkschaften aber erfordern den größtmöglichen positiven Einfluß auf Gesetzgebung und Staat, und es ist für denkende Gewerkschafter selbstverständlich, daß sie keiner politischen Partei ihre

Stimme geben, deren Tätigkeit gewerkschaftlichen Bestrebungen grundsätzlich zuwiderläuft oder gar auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften abzielt. Gerade in der jetzigen Zeitperiode, wo die Arbeiterschaft unter einem so schweren wirtschaftlichen Druck steht, wo rücksichtslose Unternehmerrückwärts gegen alle sozialen Errungenschaften Sturm läuft, gilt es im Sinne unseres Kollegen Peter Grafmann zu handeln, der als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl und die Stellung der Gewerkschaften fürzuzüglich im „Vorwärts“ wie folgt zusammenfaßt: „In den vergangenen Jahren unermüdlicher Abwehrkämpfe haben die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Schulter an Schulter die Rechte der Arbeiterschaft verteidigt. Diese Bundesgenossenschaft, die sie seit ihren Anfängen verbindet, und in dem erbitterten Ringen und die Erhaltung der sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit ihre lebendige Kraft aufs neue bewährt hat, ist nie notwendiger gewesen als in diesem Wahlkampf, der zu einem Reichstag führen muß, der von Grund auf anders zusammengefaßt ist als der, der am 18. Juli sein Ende gefunden hat. Der Ausgang dieser Wahlen entscheidet über das Schicksal des werktätigen Volkes in den nächsten Jahren. In diesem geschichtlichen Augenblick muß die deutsche Arbeiterschaft ihre ganze Kraft auf den einen Zweck konzentrieren, ihrer politischen Vertretung in dem neuen Reichstag eine Machtstellung zu verschaffen, die es ihr ermöglicht, der geschlossenen Front der Gegner der Sozialpolitik ihren Willen aufzuzwingen und eine Wirtschaftspolitk und Finanzpolitik durchzuführen, die eine gerechte Verteilung der inneren Lasten verbürgt und einen Weg aus der Wirtschaftskrise weist, der nicht über den rücksichtslosen Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen führt.“

Steuergedanken zur Reichstagswahl

In Deutschland ist das Steuersystem zu einem guten Teil auf der Lohnsteuer aufgebaut, die auch bis jetzt noch bei den reinen Steuern den Hauptertrag aufbringt. Im Vergleich zum Vorjahr spiegelt sich jedoch deutlich die verschlechterte Wirtschaftslage wider; denn nach den Angaben in „Wirtschaft und Statistik“, 10. Jahrgang, Nr. 9, Seite 380, ergaben sich folgende Einnahmen (in Millionen Mark): 1928/1929 = 1 414 605,7, 1929/1930 = 1 396 118,3, mithin eine Mindereinnahme von 18 487,4. Auch im neuen Rechnungsjahr zeigt sich die Abwärtsbewegung fort; denn nach derselben Quelle betrug die Einnahme im Mai 1930 = 110,1, 1929 = 114 Mill. M. Rein Wunder, wenn man das stetige Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen sieht. Die Handhabung der Lohnsteuer bringt es nun mit sich, daß für alle Gehaltsempfänger (und das sind etwa zwei Drittel aller Steuerzahler) eine genaue Kontrolle ausgeübt werden kann und wird, so daß sich jeder wochenentgeltliche bzw. monatliche Unterschied im Lohn (durch Mehrverdienst oder Ausfall) in der Steuersumme ausdrückt. Es müßte doch nun im ureigensten Interesse des Finanzministers liegen, alle Lohnforderungen der Arbeiterschaft zu unterstützen und gegen seine andersgerichteten Kollegen zu verteidigen. Statt dessen erleben wir unter der Brüning-Regierung, der von dem Zentrumsabgeordneten Schatz das Zeugnis ausgestellt wurde, daß sie „die reaktionärste Regierung seit Bestehen der Republik sei“, das Bestreben, den Lohnabbau eifrig zu fördern und so dem Unternehmertum in seinen Wünschen nach Mehrprofit (den es dann wieder in der Schweiz oder in Rastenburg vor dem Steuerzugriff sicherstellt) entgegenkommt. Wirtlich sind der Schiedspruch von Dornhausen nicht zungunsten des Finanzministers aus und ebenso die neue Regelung im Mansfelder Bezirk mit dem Lohnabbau von 9 1/2 Proz.? Welche Lohnsteuererhöhen gehen dadurch verloren! Werden diese erparten Löhne bei den Unternehmern nun steuerlich erfasst oder wirkt sich die in den Vordergrund geschobene „Breislenkung“ etwa in dem Sinne aus, dem die „Lügen“ treffend dadurch Ausdruck gab, daß der Arbeitslose mit dem Strick in der Hand den großen Nagel in der Wand betrachtet und sagt: „Gott sei Dank, gestern

konnte ich diesen Nagel noch nicht kaufen!" — Wie steht es überhaupt mit der Preisentzug? Seit Monaten berichten die Zeitungen von dem ständigen Sinken des Großhandelsindex, aber man merkt im Leben fast nichts davon. Wer ist nun der Zwischengewinner bei diesem Unterschied von Groß- und Kleinhandelspreis und welches Finanzamt erfährt so prompt den Gewinn wie bei dem Arbeitnehmer seine Überstunde! (Nebenbei, seit Anfang Juli steigt der Großhandelsindex wieder und zeigte am 16. Juli eine Erhöhung um 1 1/2 Proz., so daß die angelegentlich Preisentzug erst recht fraglich erscheint, zumal die Reichsbahn zum Herbst mit Tarifserhöhungen kommt.) Da wird uns erzählt, wie die Finanzbeamten durch mühsames Studium von Bilanzrechnungen im Schweiße ihres Angesichts dem Staat jährlich große steuerhinterzogene Summen ziehen. Ja, zum Kukud, warum erlaubt man diesen Drückbergern erst ihre Mogelei. Weist bis jetzt noch jemand die bescheidenen Klassen die Steuergeetze in ihrem Sinne und zu ihrem Besten gefasst haben. Da wäre es eine dankbare Wahlparole, diesem Treiben einen Riegel vorzulegen durch die Forderung nach „Offenlegung der Steuerlisten“. Man verbinde diesen Gedanken mit der Strafbestimmung, daß die angegebenen Summen der Wahrheit entsprechen und alles darüber hinaus verschwiegene Vermögen rückstandslos der Beschlagnahme durch den Staat verfällt. Des weiteren sind die Namen der Betroffenen in ihren Wohngemeinden zu veröffentlichen und sie als Volksverräter zu brandmarken. Tragt den Gedanken hinaus auf die Gassen und in die Hütten gegen die Paläste der Reichen, damit diesem trassen Unrecht ein Ende bereitet wird! Auch bei den Lohnverhandlungen der Gewerkschaften wäre es den führenden Vertreter ein leichtes, an Hand der offengelegten Steuerlisten das Gehälter der „Meister“ nach Maßgaben der Löhne ins rechte Licht zu rücken und ihnen das Gegenteil zu beweisen. Soll in Deutschland nicht möglich sein, was uns die Schweiz und Amerika vorgemacht haben und was Snowden in England getan hat durch kräftige Besteuerung der Reichen! Oder werden die Sprüche: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!“ und „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!“ nur in den Volkshäusern gelebt, und gelten sie für die andern nicht? Die Zeit bis zur Neuwahl des Reichstags wäre m. E. die beste zur Verbreitung der Forderung: Jeder soll nach seinen Kräften zum Wohl des Staates beitragen!

Berlin.

R. Hartmann.

Ablehnung des Preisabbaues

Aus dem bürgerlichen Blätterwald war eine Zeitlang ein Geheimnis- und erwartungsvolles Raunen darüber zu vernehmen, daß eine Preisherabsetzung bei wichtigen Markenartikeln erfolgen solle, um dadurch die Preisentzug im Einzelhandel anzukurbeln. Diese so herbeiduldige angekündigte Preisentzug hat jetzt unter Führung der Markenmonopolisten ein Begründungs-erster Klasse erfahren. Duisberg, der Nachfolger des deutschen Farbentruffs und eifriger Befürworter eines Replikalfonds zur Beeinflussung der Reichstagswahlen im Unternehmertum, hat dem Preisabbau-Reichstagsler Brüning die kalte Schulter gezeigt.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels teilt dazu mit, sie habe die Preisentzugsfrage mit allen Spitzen- und Fachverbänden der Produktion und des Handels einschließlich des Markenführerverbandes verhandelt. Über das Ergebnis der Verhandlungen wird festgestellt, daß die Preisentzug des letzten Jahres schon erheblich größer wären, als der Index erkennen lasse, und daß weiteren Preisentzug die Frachtenverteuerung und die Erhöhung von Steuern und gewerblichen Mieten entgegenwirkt. Infolgedessen könne eine allgemeine Senkung der Preise in Lebensmitteln und Drogen für die nähere Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden. Dazwischen stehen einige preisphilosophische Bemerkungen, am Ende der Erklärung folgt die platonische Erklärung, man sei zur Zusammenarbeit entschlossen, um eine „auf Absatzförderung und Bedarfsdeckung der Verbraucher gerichtete Preispolitik“ zu fördern.

Wahrlich, ein Begründungs-erster Klasse für die Preisentzug im Einzelhandel und zugleich ein lebensgefährlicher Stoß für die wirtschaftliche Notstandsregierung Brüning. Wie es bisher umsonst war, bei Eisen eine ausreichen große, bei Kohle, Rast, Zement, Papier, Zelleits usw. überhaupt eine Preisentzug durchzuführen, so beschließt jetzt Herr Duisberg für das riesenhafte Monopolgebiet der Markenartikel, daß eine Preisentzug unterbleiben muß. Die Preise seien ja stärker gesenkt, als der Index zeigt. Für welche Markenartikel soll das eigentlich gelten? Selbst wenn wir die Erhöhung der gewerblichen Mieten und die Frachtenverteuerung vom Frühjahr berücksichtigt, müssen wir feststellen, daß die verteuerten Momente tausendfach durch Verbilligung der Rohstoffe wettgemacht worden sind.

Preisstand und Lebenshaltung der Massen könnten empfindlich durch Senkung der Markenartikelpreise vom Lieferanten her und noch mehr durch Verklüger der Handelspreise verbessert werden. Die Massenkaufkraft würde empfindlich gestärkt, die Wirtschaftskrise durch stärkere Nachfrage auf anderen Gebieten gemildert werden; denn Markenartikel sind fast alle Arzneien und kosmetischen Erzeugnisse, ferner Seifen, Mineralwasser, Kaffertingen, Weine, Flüssigfärbstoffe, Tinten, Gesundheitsartikel, Schokoladen, Kinobeech, Margarine, Konerven, Nährmittel, Backpulver, Kaffeefabrik, Waschmittel, Seifenpulver, Farben usw. Es gibt kaum einen einzigen Artikel im Haushalt, für den es nicht eine durch Monopolpreise gehäufte Marke gäbe. Mit einem Drittel des gesamten

Einzelhandelsumsatzes, gut 10 von 30 Milliarden Mark, ist der Umsatz von Markenwaren nicht überhäuft.

Dabei sind fast alle Markenpreise von vornherein unverändert hochgehalten und enthalten riesige Gewinnschranken: Was muß da verdient werden, wenn z. B. F. G. Farben auf ihre Arzneiprodukte 90, 120 und mehr Prozent Kleinhandelsrabatte festsetzen, wenn für Nivea- und Edda-Creme, für Rhafana-, Kofee-, Scherz-Produkte mehr als 50 Proz., für Kaloderma, Chlorodont, Bafanol, Birkenwasser 70 und 80 Proz. und für die so riefenhafte umgekehrten Artikel wie Persil, Ala, Kaffreiner Walz- und Seelig Kornlaffe 41 bis 60 Proz. Kleinhandelsrabatte draufgeschlagen werden und zwar unveränderlich, bei Strafe des Boykotts eventuell sämtlicher 300 Firmen, die im Verband der Fabrikanten von Markenartikeln organisiert sind?

Wäre es etwa der Regierung Brüning unmöglich, wenn sie wollte, die Macht und Willkür dieser Preise zu brechen? Das wäre ebenso möglich, wie das Reichswirtschaftsministerium, gestützt auf einen festen Willen des jetzigen Reichskabinetts, den Abbau der monopolistischen Kartelltarifpreise durch schärfere Anwendung der Kartellverordnung sofort erzwingen könnte. Um die Markenpreise zu senken, würde es vollständig genügen, bis auf weiteres und als sofortige Notmaßnahme die Preisbindung der Groß- und Kleinhandler sowie alle Reversverpflichtungen zu verbieten.

Aber dieses Kabinet darf ja überhaupt nichts tun, was volkswirtschaftlich vernünftig ist, es darf nur das tun, was privatwirtschaftlich rentabel ist — und das ist, was den Großkonzernen und Trusts in ihren Kram paßt.

Es ist die alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu. Die Unternehmer sind sehr für Preisentzug, aber nur nicht bei ihren selbst. Ein Standpunkt, der übrigens auch in der neuen Nummer der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ziemlich unverblümt vertreten wird. Nur dann, wenn die Händler (wie bei den Markenmonopolisten) oder die Arbeiter (wie in der Schwerindustrie) die Preisentzug begählen, sind die Unternehmer damit einverstanden. Darum kann es mit der Wirtschaft erst besser werden, wenn eine Macht im Reiche vorhanden sein wird, die stark genug ist, den Kartell- und Markenpreisen energisch zu Leibe zu gehen. Um das zu verhindern, werden die Unternehmer, gewöhnt, aus der politischen Nutzlosigkeit der breiten Volksmassen ihre besten Enten zu ziehen, bei der kommenden Reichstagswahl alle Minen springen lassen. Darum: Seid gewarnt!

Zur Preis- und Lohnentzugsfrage

Die Preis- und Lohnentzugsfrage hat in letzter Zeit schon viel Staub aufgewirbelt. Aber wie es ja voraussehen war, kommt man damit nicht recht vorwärts. Und das kommt offenbar daher, weil die Unternehmer auf ihre wirtschaftliche Existenz nicht ganz verzichten wollen. Man möge sich daran erinnern und glaubt offenbar die Gewerkschaften gehen auf den Leim und willigen zuerst in die Lohnentzug ein. Was dann in der Preisentzug herauskommt, kann sich jeder Arbeiter selbst ausmalen. Ob den Unternehmern wirklich so viel daran liegt, daß die allgemeine Wirtschaft besser in Gang kommt, als vielmehr die Arbeiter noch mehr zu drücken und ihre Lebenszeit noch mehr zu schmälern? Wie der Arbeiter sein Leben fristet, ist den Unternehmern doch gleich. Nur die größtmögliche Leistungsfähigkeit wird von ihm gefordert.

Es wird noch in aller Erinnerung sein, wie in der Inflation bzw. in den Jahren kurz nach dem Kriege die Arbeiter in der Preisentwicklung stets die Leidtragenden waren und immer zuerst bluten mußten. Aber jetzt darf es unter keinen Umständen ebenso gehen. Zumal letztere bisher nie so viel bekamen, daß sie läppig wurden, sondern nur so viel, daß sie sich gerade über Wasser halten konnten. Schauen wir doch hinein in die Arbeiterfamilien — dazu gehören auch die Buchdrucker — wie muß man sich da einschränken und so vieles entbehren. Kommt es aber einmal vor, daß sich der Buchdrucker durch langes Sparen eine Lebensfreude gönnt, um nicht zu verkrüppeln, so meinen Außenstehende, denen geht es gut. Aber oft kommt es vor, daß gegen Schluß der Woche, sofern man notgedrungen Anschaffungen zu machen hatte, und wer hätte keine bei mehreren Kindern, keinen Pfennig mehr aufweisen kann.

Ein trauriges Bild, wie schlecht doch eigentlich die Bezahlung der Buchdrucker ist, möge folgendes Beispiel aus einer Kleinstadt im Rheinland (Main) zeigen: da sind Schulhelfer angestellt, die früher in der Steinindustrie und als Tagelöhner beschäftigt waren. Nachdem sie jetzt einige Jahre im Dienst sind, erhält jeder 3300 bis 3600 M. jährlich, der Schulhelfer 2800, die Waidhüter den gleichen Betrag. Welcher Buchdrucker in einer Kleinstadt erhält ebenso viel Geld, der vier Jahre Lehrzeit hinter sich hat, tagaus, tagein in dumpfem Vokal steht bei gesundheitsgefährlicher Arbeit und, nebenbei bemerkt, bei intensiver Arbeit.

Ich will nicht sagen, daß diese Kleinrenten, Beamten ein schönes Leben hätten, aber auf jeden Fall sind sie viel in frischer Luft und der Beruf ist nicht gesundheitsgefährlich. Meines Wissens gibt es aber Berufe, die, weil gesundheitsgefährlich, auch sehr gut bezahlt werden. Von solcher Bezahlung sieht man aber bei dem Buchdrucker im allgemeinen nichts. Denn man muß bedenken, daß die Buchdrucker im gleichen Ort — bei tarifmäßiger Bezahlung — 400 bzw. 1000 M. weniger erhalten als die oben genannten Beamten. Im gleichen Verhältnis ist das natürlich in allen kleinen und größeren Städten in bezug auf Kleinrenten der Fall.

Ist es nicht ein beklagenswerter Zustand, unseren Buchdruckerberuf so zurückgesetzt zu sehen? Immer wieder wird an dem arbeitslosen Arbeiter herumgedoktert, um ihn

womöglich etwas abknöpfen zu können. Immer wieder liest man von Lohnabbau, aber selten von Preisabbau. Ist etwa mit einem Lohnabbau die Wirtschaft zu heben, d. h. der Konsum zu stärken? Gewiß nicht! Deshalb müssen die Führer der Gewerkschaften auf der Hut sein. Die Parole muß heißen: Zuerst Preisentzug bei allen lebensnotwendigen Artikeln, dann erst in Verhandlungen eintreten zur Lohnentzug!

—m.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die graphischen Unternehmer haben als letzten Ausweg aus dem von ihnen heraufbeschworenen Konflikt am 25. Juli die Aussperrung aller Buchdruckerarbeiter beschlossen. Wir werden in der nächsten Nummer in einem besonderen Artikel dazu Stellung nehmen.

Schweiz. Über die schwebenden Tarifverhandlungen kann einstweilen nur soviel berichtet werden, daß die Delegationen des Schweizerischen Buchdruckervereins und des Schweizerischen Typographenbundes vom 30. Juni bis 5. Juli in Badenberg unter dem Vorsitz eines neutralen Obmanns, Herrn Oberrichters Bächlin (Bern), getagt haben. Nach der offiziellen Mitteilung der Vertragsparteien läßt der Verlauf der Verhandlungen einen baldigen Vertragsabschluß erhoffen. Mitte August sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Nach Beendigung derselben kann erst eine öffentliche Berichterstattung erfolgen. Der 7. Verbandstag des Typographenbundes, der dieses Jahr im herrlich gelegenen Glarus stattfand, hatte keine gerade weltbewegenden Beratungspunkte zu erledigen. Immerhin boten die Verhandlungen manches interessante Moment. Betreten ließen sich außer den Sektionen der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Litographenbund und der Buchhändlerverband. Nach dem üblichen Geplänkel bei der Behandlung des Geschäftsberichts und der Rechnungen beanpruchte besonders der Antrag der Sektionen Genf- und Glarus betreffend die Errichtung und den Betrieb eines eignen Ferienheims für den Typographenbund das Interesse. Die Genfer führten besonders ins Feld, daß der Betrieb und Unterhalt eines solchen Heims zu teuer sei. Man solle sich mit andern Verbänden, namentlich aber mit dem Schweizer Gewerkschaftsbund, in Verbindung setzen behufs gemeinsamer Schaffung eines Ferienheims. Diese Anregung wurde denn auch zum Beschluß erhoben und das Zentralkomitee erhielt einen diesbezüglichen Auftrag. Der internationale Buchdruckersekretär, Kollege Grundbacher, hielt ein ausführliches und sehr interessantes Referat über die Tagesordnung des Internationalen Buchdruckerkongresses in Amsterdam und überbrachte gleichzeitig auch die Grüße der Internationalen. Die dortigen Verhandlungen sind ja den Kollegen aus dem Karr. bekannt. Im weiteren orientierte Kollege Schäfer die Delegierten über den Stand der Tarifrevision. Die nächstjährige Generalversammlung wird wieder in der welschen Schweiz, in Montreux, abgehalten werden. Dem Jahresbericht des Schweizerischen Buchdruckervereins ist zu entnehmen, daß dieser in 24 Sektionen 660 Mitglieder zählt. Im ganzen wird dem Jahr 1929 kein ungünstiges Zeugnis ausgestellt. Der Beschäftigungsgrad kann im großen und ganzen als befriedigend bezeichnet werden. Der im allgemeinen beschleunigende Geschäftsgang ist in der Hauptsache zurückzuführen auf den günstigen Gang der schweizerischen Großindustrie, dann aber auch auf den Umstand, daß nun die ausländische Konkurrenz viel weniger fühlbar war als selbst noch im Vorjahre. Etwas pessimistisch äußerte sich der Berichterstatter über die Zunahme der nichtstark-treuen Buchdrucker, was auf die Preisgestaltung im Gewerbe ungünstig einwirken könne. Erfolgreich sei dagegen eine fortschreitende Anerkennung der Preisordnung für das Buchdruckerwesen durch die Behörden in den verschiedenen Landesgebieten.

Jugoslawien. Bekanntlich war der jugoslawische Verband als einer der ersten mit dem von Internationalen Buchdruckersekretariat angeregten Austausch junger Gehilfen einverstanden und wird ihn auch mit allen Mitteln fördern. Der jugoslawische Verband wandte sich zwecks baldigen Austausches durch das Internationale Sekretariat an den jugoslawischen Verband und äußerte den Wunsch, einige Kollegen in die Jugoslawien zu entsenden, damit diese in dortigen Druckereien etwas lernen, während umgekehrt die auszusendenden jungen Kollegen des jugoslawischen Verbandes die Aufgabe haben werden, in Jugoslawien als fachliche Lehrer zu wirken. Der „Graphische Wozok“, das in Berlin erscheinende Organ der kommunikativen graphischen Opposition, brachte in seiner Nr. 7 vom Juni als Neues vom Neuen unter der Überschrift „Die jugoslawische Bürokratie fürchtet Berichte über die Sowjetunion“ eine Notiz, nach der „die Bürokratie des jugoslawischen Buchdruckerverbandes von einem der Delegationsmitglieder, die die Sowjetunion besuchten, unter der Drohung des Ausschlusses aus dem Verbande eine öffentliche Rundgebung forderte, daß er von jedweder, den Interessen des Verbandes, seiner Plattform und seinem Statut zuwiderhandelnden Aktion Abstand nehme“. Diese als „Neugierde“ gebrachte Tendenzmeldung bezieht sich offenbar auf eine mehr als zwei Jahre (1) zurückliegende Angelegenheit. Am 14. November 1927 fand in Moskau ein Kongress der kommunikativen Buchdrucker statt, an dem auch 25 jugoslawische Buchdrucker teilnahmen, die dort verpflichtet wurden, gegen ihre eignen Gewerkschaften zu arbeiten und für den Anschluß an den Sowjetverband zu wirken, also im Interesse der Unternehmer Zerpfitterungsarbeit zu leisten. Unter diesen Teilnehmern befand sich auch der ehemalige Kollege Tscholow Esch, der nach seiner Rück-

tehr aus Sowjetrußland aufgefördert wurde, seine Handlungsweise aufzuklären. Am 6. Juni 1928 gab er in den Verbandsblättern die Erklärung ab, daß er an der obigen Tagung nur als Privatperson teilgenommen und so nicht das Recht hatte, für die Buchdrucker der Tschechoslowakei zu sprechen und zu stimmen. Auch habe er nicht für die besagte Resolution bezüglich der Buchdruckerinternationale gestimmt, wie er auch nicht mit deren Inhalt einverstanden war und auch gar nicht im Sinne hatte, nach deren Richtlinien zu arbeiten. Auf Grund der von dem damaligen Buchdruckerkommunisten Seif im Sowjetparadies gemachten Erfahrungen trat er bald nach seiner Rückkehr aus der Kommunistischen Partei aus und bringt heute als Buchdruckerbesitzer in Prag sein Dasein. Der „Graphische Blod“ kennt natürlich diesen wahren Sachverhalt, kennt aber ebenjogut auch seine Leser und weiß deshalb genau, was er ihnen servieren kann.

Rumänien. In den letzten Juniwochen fanden in Temeswar zwischen den Vertretern der Druckerbesitzer und der Druckerarbeiten des Banats, Siebenbürgens und der Bukowina zwecks Erneuerung des mit dem 1. Juli abgelaufenen Tarifvertrages Verhandlungen statt. Diese Verhandlungen wurden von den Unternehmern bewußt in die Länge gezogen, um unter allen Umständen eine Lohnreduzierung von 15 Proz. durchzusetzen, ehe an die Behandlung der übrigen Fragen herangegangen wurde. Das Verhalten der Unternehmer löste unter der Druckerarbeiterschaft die stärkste Empörung aus und führte im ganzen Lande zu Protestversammlungen. Die Versammlung am Verhandlungsort protestierte sowohl gegen die Hinauszögerung der Verhandlungen wie auch gegen die von den Unternehmern unterbreiteten Forderungen und erklärte, nur einen besseren Kollektivvertrag, niemals aber einen schlechteren anzunehmen. Sie machte die Gewerkschaften darauf aufmerksam, daß die Unternehmer überall Vorkehrungen treffen, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und Anorganisierung zur Herstellung von etwaiger Streikarbeit anzuwerben. Danach überdachten die Prinzipale ihre Forderung nach 15-prozentiger Lohnherabsetzung um und verlangten, daß von 1500 Lei aufwärts nach je 30 Lei des höheren Lohnes eine Lohnreduzierung von 15 Lei Platz greifen sollte. Weiter verharteten sie auf ihre Forderung von drei Schichten, der Ration und Haftpflicht bei Produktionschäden, Erhöhung des Sachquantums bei Zeitungen für die Handschreiber, Verwendung von Hilfsarbeitern zum Stereotypieren, Einführung der Akkordearbeit, Kürzung des Urlaubs, Nichtbeachtung der Feiertage und andres mehr. Da die Arbeiter keine Forderungen gestellt hatten, sondern bestrebt waren, den bestehenden Tarif zu erhalten, so mußten die Verhandlungen an den Forderungen der Unternehmer scheitern. Sie wurden am 4. Juli, nachts 11 Uhr, von Vertretern des Arbeitsministeriums abgebrochen. Am Montag, dem 7. Juli, wurde darauf von den Unternehmern folgende Bekanntmachung in den Betrieben angehängt: „Wir bringen hiermit den in unseren Betrieben beschäftigten Arbeiter die folgenden zur Kenntnis: 1. Ab heute, den 7. Juli 1930, gilt für unsern Betrieb kein Kollektivvertrag mehr, nachdem der alte Kollektivvertrag abgelaufen ist und keine Gültigkeit mehr hat. 2. Die Arbeitnehmer haben zur Kenntnis zu nehmen, daß ab heute nur an den im Sonntagsruhegesetz vorgeschriebenen Feiertagen nicht gearbeitet wird und daß für diese Ruhetage keine Entlohnung geschieht. 3. Die Arbeitnehmer haben zur Kenntnis zu nehmen, daß ab heute, infolge der schweren wirtschaftlichen Lage, die effektiven Arbeitslöhne um 15 Proz. herabgesetzt werden. 4. Für diejenigen Arbeitnehmer, welche die Arbeit aufnehmen, gelten die obigen Vereinbarungen nur in dem Falle, wenn uns ein ungekürzter Arbeitsbetrieb geklärt wird.“ Diese Bekanntmachung hatte den einzig denkbaren Erfolg, daß die Arbeiter diejenigen Betriebe, in denen eine Weiterarbeit auf Grund des bisherigen Tarifs abgelehnt wurde, verließen. Der Kampf erstreckt sich danach auf alle Rumänien nach dem Krieg angegliederten Provinzen Siebenbürgens, Banat und der Bukowina, ausgenommen jene Betriebe, in denen im Einvernehmen mit den Arbeitern der alte Kollektivvertrag verlängert worden ist. Die Zeitungen erscheinen nicht. Durch Streikbrecher war es nur möglich, verkleinerte Notausgaben herauszubringen. Das Erscheinen des „Vorwärts“ ist gesichert, da die Arbeiterdruckerei der Verlängerung des Kollektivvertrages zugestimmt hat. Im weiteren Verlaufe des Kampfes haben sich weitere Druckereien, nachdem sie mit den Streikbrechern übte Erfahrungen gemacht hatten, zur Verlängerung des Kollektivabkommens bereit erklärt. In Temeswar standen am 9. Juli bereits zwei Drittel der Facharbeiter und die Hälfte der Hilfsarbeiter in Arbeit. In Siebenbürgen war der Zustand auch nur ein teilweiser, weil auch dort überall ein Teil der Druckereien der Forderung der Arbeiter auf unveränderte Verlängerung des alten Kollektivvertrages beipflichtete. Nach diesem Stand der Dinge können also unsere Kollegen ruhig dem Ausgang des Kampfes entgegensehen, um so mehr, als auch aus den übrigen Städten Siebenbürgens und des Banates Mitteilungen einlaufen, die nur von der bewährten Disziplin und der sprichwörtlich gewordenen Solidarität unserer Kollegen zeugen. — Inzwischen wurden der Tarif und der einmütig geführte Streik beendet. Aber das Ergebnis entnehmen wir der in Temeswar erscheinenden „Arbeiterzeitung“ folgenden abschließenden Bericht: „Zwischen den beiderseitigen Vertretern wurde eine Verständigung darüber erzielt, den abgelaufenen Kollektivvertrag bis zum 30. Juni 1932 mit folgenden Abänderungen zu verlängern: a) die Urlaubsbestimmungen des alten Kollektivvertrages werden außer Kraft gesetzt und sind künftig sowohl hinsichtlich Urlaubs als auch der Krankheit die diesbezüglichen Bestimmungen des Arbeitsgesetzes maßgebend; b) die Arbeitszeit für Schichtmaschinen bleibt laut den Bestimmungen des alten

Kollektivvertrages in zwei Schichten geteilt; c) an den Sonntagen vor Feiertagen ist die Arbeitszeit statt der bisherigen zwei Stunden nur um eine Stunde kürzer; d) während der Dauer der neuen Vereinbarung wird samt den gesetzlichen Feiertagen insgesamt an 14 Feiertagen Arbeitsruhe gehalten, die jedoch nicht auf Sonntage fallen können. Die betreffenden Tage werden von der Landes-Tarifkommission festgesetzt; e) Lehrlinge können bis 30. Juni 1932 nicht aufgenommen werden. Angesichts der feinerzeitigen Forderungen der Unternehmer, die Löhne um 25 Proz. herabzusetzen, die Arbeitszeit der Schichtmaschinen zu verlängern, paritätische Arbeitsvermittlung einzuführen usw., womit das Lebensniveau der Buchdruckerarbeiten tief unter das Niveau ihrer Regener Kollegen herabgedrückt werden sollte, ist diese Vereinbarung für die Arbeiter ein ehrenhafter Erfolg, für die Unternehmer aber eine große Niederlage. Der einmütig geführte Streik unserer Kollegen hat die Unternehmernfront erschüttert und diesen gewiß nicht von ihnen erwarteten Neuausschluß des Tarifvertrages erzwungen.“

Türkei. Das zweite Quartal 1930 stand für das graphische Gewerbe im Zeichen einer fortwährenden Krise. Verschiedene Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein, fast die Hälfte der buchgewerblichen Arbeiter ist arbeitslos, ein großer Teil arbeitet nur 4 bis 6 Tage in der Woche. Der türkische Verband hat sich vor Wochen in einem Protestschreiben dieserhalb an die Regierung gewandt und hat ihr energisches Eingreifen sowie die Entlassung der Nichtsohammedaner in den Druckereien gefordert. Eine Antwort ist darauf bis heute nicht eingegangen, dürfte auch nicht zu erwarten sein, da man über diese Forderung sehr geteilter Meinung sein kann. Schon deshalb, weil die in nichttürkischer Sprache erscheinenden Zeitungen durchweg Propagandazettel sind, die von den ausländischen Regierungen bezahlt werden und damit einen Anspruch auf die Beschäftigung eines Drittels Ausländer haben. Tatsächlich sind die Beschäftigten höchstensfalls zu einem Zehntel Ausländer, die übrigen sind türkische Bürger, also Nichtsohammedaner. Einem Privatbriefe eines deutschen Kollegen aus Konstantinopel entnehmen wir folgende interessante Angaben: „In einem recht betrüblichen Kapitel ist die Unterstützung der durchreisenden Kollegen geworden. Es ist uns gelungen, die nichtdeutschen Kollegen dazu zu bewegen, sich an der Unterstützung der Durchreisenden zu beteiligen. Und wenn es von diesen auch nur kleine Beträge sind, so ist es doch immerhin ein Anfang. In der letzten Woche trafen hier drei Kollegen aus dem Gau Bayern ein, davon war einer Notation, die andern beiden Seher. Alle drei waren vollkommen mittellos. Wir unterstüzten sie mit einer Zwangsanzlei, besser gesagt, mit einem Zwangsbeitrag zur Ortskasse von sieben Lire und einem Lire aus den Sammlungen des Personals. Außerdem bekam einer von ihnen, der ohne Schuhe ankam, neue Schuhe. Sie wurden zwei Tage von uns verpflegt, und dann brachten wir ihnen noch drei Beträge von 30 Lire für die Rückreise bis zur schwedischen Grenze.“ Sie verließen uns dankerfüllt mit dem Versprechen, den geborgten Betrag so bald als möglich zurückzuerstatten. Wir ermahnten sie aber recht eindringlich, nach Rückkehr in die deutsche Heimat dafür zu sorgen, daß dort die nötige Aufklärung über die hiesigen Verhältnisse verbreitet wird. Wir sind nicht aus eigenen Kräften in der Lage, dauernd solche Unterstützungen zu gestalten, und von der deutschen Kolonie hat ein Proletariat hier nichts zu erwarten. Aber die deutsche Gewerkschaft, die den drei Kollegen die Tür gewiesen hat, braucht kaum weiteres gesagt zu werden. Die wirtschaftliche Lage ist hier so, daß sich hiesige Druckereien in Europa um Druckaufträge bemühen, und zwar zu Preisen, die sie selbst als unter der Hälfte der deutschen Druckpreise liegend bezeichnen. Wir warnen unsere deutschen Kollegen eindringlich, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Türkei ihr Schicksal aufs Spiel zu setzen.“

Belgien. Die Ehrenaffäre, die gegen den Präsidenten des Zentralvorstandes des belgischen Typographenbundes, Kollegen Stordeur, anhängig war, und über die wir in einer der vorhergehenden Nummern berichteten, hat ihre einseitige Erledigung in zwei Entschädigungen gefunden, die sich diametral gegenüberstellen. Eine Zentralvorstandsbesitzung, die sich mit dem Einscheid des Ehrengerechtes zu befassen hatte, kam zu der Auffassung, daß die seitens der Sektion Brüssel im Zwischenfall De Vos' Stordeur gegen den Zentralvorstand erhobene Klage statutenmäßig unannehmbar sei; daß die Vertrauensfrage für den Präsidenten unzulässig sei, da ein Mißbrauch seines Amtes nicht vorliege. Demgemäß lehnt der Zentralvorstand die Veröffentlichung einer Tadelstagesordnung für Kollegen Stordeur im offiziellen Verbandsorgan ab; er ist aber bereit zu einer Unterredung mit dem Vorstand der Sektion Brüssel, um obenverwähnten Zwischenfall sowie etwaige andre Unstimmigkeiten auf dem Wege glücklicher Vereinbarung aus der Welt zu schaffen. — Eine von 881 Mitgliedern besuchte Versammlung der Sektion Brüssel faßt eine besondere Abänderung für die Buchdruckerlohnberechnung, deren Auswirkung momentan eine Extralohnzulage von drei bis vier Indexfranken, das heißt 15 bis 16 Fr. in der höchsten Staffel pro Woche, ausmacht. In letzter Zeit beschäftigte sich eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des graphischen Gewerbes, unter dem Präsidium eines neutralen Vorsitzenden, mit der Frage, wie diese Nebenberechnung, die mancherlei Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten auf beiden Seiten zur Folge hat, abzufassen und eventuell durch eine feste Lohnzulage zu ersetzen sei. Hier wurden seitens der Kongressdelegierten die verschiedensten Einwendungen gemacht und es wurden Verstärkungen laut, die dahin gehen, es sei vielleicht verfehlt, ohne gewisse Sicherungen an die

der durch eine illoyale Handlung oder durch verkehrsmäßige Ausdrücke einem oder mehreren Berufskollegen Schaden an seiner Ehre oder an seiner Achtung zugefügt hat, ohne daß dies eine Rückwirkung auf den Gesamtverband zur Folge hatte. Tritt letzterer Umstand hinzu, so ist Artikel 68 des Statuts maßgebend, der den Ausschluß aus der Sektion vorsieht.“ Demzufolge wird gegen den Präsidenten des Zentralvorstandes ein Tadel für die Dauer eines Jahres ausgesprochen. Demgegenüber wird Kollege De Vos beglückwünscht für seine Hingabe und Uneigennützigkeit gegenüber der Organisation. Die Veröffentlichung dieser Entschädigung im Organ der Sektion Brüssel wird beschloffen. Ferner genehmigt die Versammlung betreffs der Arbeitslosen resp. Verbandsrentner folgende Abänderungen am Reglement: „Die Mitglieder, die während zwei aufeinanderfolgenden Jahren die statutarischen Unterstützungen erschöpft haben, müssen während sechs aufeinanderfolgenden Monaten regelrecht gearbeitet haben, um wieder bezugsberechtigt zu sein. Nimmerhin haben diejenigen, die am Tage des Abstimmens dieser Verfügung während 20 Jahren Mitglied des Verbandes waren, das Recht, die statutarischen Wochenbeiträge (5,75 Fr.) zu leisten, bis sie die zur Pensionberechtigung erforderliche Anzahl Jahre erreicht haben. Jedes pensionierte Mitglied, das aus irgendwelchen Gründen die Arbeit wieder aufnimmt, muß, um erneut pensionberechtigt zu sein, eine Arbeitszeit von sechs Monaten absolvieren und erhält während dieser Periode keinerlei Unterstützung.“

Frankreich. Etwa 40 Delegierte aus Straßburg, Mülhausen, Colmar, Metz, Saarburg und Thionville versammelten sich am 19. und 20. Juli im Sitzungssaal der Mairie von Straßburg zum diesjährigen Regionalkongress der Buchdrucker von Elsaß-Lothringen. Als Gäste waren anwesend ein Vertreter des Zentralvorstandes aus Paris, Kollegen aus Saarbrücken, Dijon, Basel und Luxemburg. Der im Jahre 1929 abgeschlossene Tarifvertrag hat eine Dauer von drei Jahren; es fanden denn auch auf der Tagesordnung des diesjährigen Kongresses meist Fragen von mehr lokaler Bedeutung, die aber trotzdem manchmal die Gelster erhitzen. Dennoch sind die Verhandlungen der beiden Dauerfragen von Anfang bis zu Ende in kollegialer Weise verlaufen. Die ersten Punkte betrafen Protokoll, Jahres- und Rechenschaftsbericht; sie wurden ohne größere Debatten erledigt. Die Situationsberichte der einzelnen Sektionsvorsitzenden hoben hervor, daß die Lage des Arbeitsmarktes allgemein als befriedigend, meist als gut anzusehen ist. Arbeitslose sind nicht oder nur in geringer Zahl vorhanden; zeitweilig bestand Mangel an Maschinenleuten, der nun aber größtenteils gehoben ist. Die finanzielle Lage der Gruppe Elsaß-Lothringen ist ausgezeichnet. Das Vereinsvermögen hat den Betrag von einer Million Franken überstiegen. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung weisen sich ungefähr in gleicher Höhe aus, wie voriges Jahr. Die Zuwendungen für die Innalben zeigen steigende Tendenz, da die Zahl der Unterstützungsberechtigten rapid in die Höhe geht; dieses Anwachsen rührt zum Teil daher, weil im Laufe der Nachkriegsjahre größere Geschäfte dazu übergegangen sind, ihren alten Mitarbeitern Alterspensionen zu gewähren. Diese Zuwendungen in Verbindung mit den Unterstützungen von Seiten des Staates und der Gewerkschaft ermöglichen es heute zahlreicheren Angehörigen des Buchdruckerverbandes als früher, sich in einem gewissen Alter von der Arbeit zurückzuziehen. Es ist dies eine Tatsache, die vom sozialen Standpunkt aus sehr erfreulich ist, sie bedingt aber die Notwendigkeit eines genaueren Studiums des ganzen Fragenkomplexes, den die Innalbenunterstützung eines Tages aufwerfen wird. Betreffs des gewerkschaftlichen Lebens geht aus den Berichten hervor, daß der Versammlungsbesuch allgemein flau ist, da man in ruhigen Zeiten gern den Lokal- und Regionalvorständen fast allgemein freie Hand läßt. Stehen aber Fragen von größerer Bedeutung zur Entscheidung, so ändert sich diese Sachlage; der Versammlungsbesuch, der gewöhnlich 10 Proz. nicht übersteigt, wächst in solchen Fällen auf 70 bis 80 Proz. Eine größere Aufmerksamkeit wird hinsichtlich der gewerkschaftlichen Ausbildung der Lehrlinge zu widmen sein. Es muß hier mehr denn je an die Mitarbeit aller Gutgesinnten appelliert werden. Eine lange Debatte rief die Indexberechnung der gegenwärtigen Löhne hervor. Die Bezüge der elsass-lothringischen Buchdrucker regeln sich seit Jahren nach der städtischen Indexaufstellung Straßburgs. Es ist nicht zu leugnen, daß die Einführung dieses Systems für die Buchdrucker von großem Vorteil war, nichtsdestoweniger ist es wahr, daß die Indexberechnung manche Artikel, die in die Kategorie der Bedarfsgegenstände erster Notwendigkeit gehören, nicht erfährt. Aus dieser Erwägung heraus waren die Organisationsführer bestrebt, die Arbeitgeber von diesem Schönheitsfehler der Indexberechnung zu überzeugen. Die Folge davon war die Einführung eines sogenannten Nebenindex in den Tarif, das heißt, parallel mit der städtischen Indexberechnung von Straßburg faßt eine besondere Abänderung für die Buchdruckerlohnberechnung, deren Auswirkung momentan eine Extralohnzulage von drei bis vier Indexfranken, das heißt 15 bis 16 Fr. in der höchsten Staffel pro Woche, ausmacht. In letzter Zeit beschäftigte sich eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des graphischen Gewerbes, unter dem Präsidium eines neutralen Vorsitzenden, mit der Frage, wie diese Nebenberechnung, die mancherlei Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten auf beiden Seiten zur Folge hat, abzufassen und eventuell durch eine feste Lohnzulage zu ersetzen sei. Hier wurden seitens der Kongressdelegierten die verschiedensten Einwendungen gemacht und es wurden Verstärkungen laut, die dahin gehen, es sei vielleicht verfehlt, ohne gewisse Sicherungen an die

Abschaffung des Nebenbezuges heranzutreten. Im Prinzip erklärte sich der Kongress trotzdem mit der Abschaffung des Nebenbezuges durch eine feste Lohnzulage bereit, legt aber den Verbandsunterhändlern ans Herz, dafür zu sorgen, daß unvorherzusehenden Eventualitäten Rechnung getragen werde. In der Diskussion kam insbesondere auch zum Ausdruck, daß die Indexberechnung der Löhne immer nur als Notbehelf zu betrachten sei; daß daher anzustreben ist, jetzt, wo die Verhältnisse sich mehr oder weniger stabilisiert haben, auch die Lohnbezüge wieder auf die feste Basis zu bringen, die es erlaubt, den gewerkschaftlichen Forderungen auf Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft besser Rechnung zu tragen zu können, während die Indexberechnung bisher immer nur darauf ausgehen konnte, den Lebensstandard von 1914 wiederherzustellen, respektive aufrechtzuerhalten. Betreffs Umlage des Vereinsvermögens lag ein Antrag vor, ein Gebäude zu erwerben oder zu errichten, worin die Verwaltungszweige untergebracht werden könnten, übrigbleibende Räume wären als Mietwohnungen herzurichten. Der Vorschlag hebt besonders hervor, daß die Verzinsung des Geldes auf diese Weise ertragreicher sein würde als die heutigen Bankanlagen, wo nur 2 bis 3 Proz. Zins herausfällt. Den Vorteilen eines eventuellen Mehrertrages stehen die Nachteile der Festlegung des Vermögens entgegen, die in gewissen Augenblicken die Schlagfertigkeit des Verbandes lähmend beeinflussen müßte. Für Immobilisierung können immer nur Teilbeträge des Vermögens in Frage kommen. Andere Vorschläge gehen dahin, das Geld den regionalen Konjunktionsgesellschaften oder eventuell der Meßer Krankenkasse für ihren Neubau zur Verfügung zu stellen. Man einigte sich dahin, daß eine Kommission die Frage näher prüfen sollte, ehe man einen definitiven Beschluß faßt. Es wird noch herozuzuhören sein, daß momentan Konjunkturfälle, das heißt solche, bei denen auf Wertzuwachs von Immobilien zu rechnen wäre, so gut wie ausgeschlossen sind. Betreffs eines Antrages zwecks Erlangung des Rechtes der Arbeitskontrolle gemäß dem Manifest des französischen Gewerkschaftsbundes vom 1. Mai 1930, war der Kongress der Ansicht, daß diese Kontrolle nach dem Muster der Betriebsräteeinrichtung in Deutschland anzustreben sei; dies könne aber nur in engstem Anschluß an die Aktion der gesamten französischen Arbeiterschaft geschehen. Bezüglich der Frage des internationalen Austauschens junger Gehilfen gemäß den Vorschlägen des Internationalen Buchdruckerjetartats ist man mit den diesbezüglichen Anregungen einverstanden. Man wird sich zwecks Erledigung dieser Angelegenheit mit dem Prinzipalverband aus Benehmen sehen. Durch Einführung der siebenmal wöchentlichen Erscheinungsweise verschiedener Zeitungen ist für Teile der Gehilfenschaft eine Lage geschaffen worden, die sich mit der tariflichen 48-Stunden-Woche manchmal schlecht in Einklang bringen läßt, da die Montagszeitungen teils Sonntags durch Leistungen von regelmäßigen Abergstunden hergestellt werden. Schwieriger wurde die Lösung der Frage dadurch, daß die großen Pariser Tageszeitungen und die französischen Provinzialblätter ebenfalls siebenmal wöchentlich erscheinen, wodurch die französischsprachige Presse in Elsaß-Lothringen auf denselben Weg gedrängt wurde, wenn sie sich nicht durch die französischen Schwesterblätter das Wasser abgraben lassen wollte. Für den Verband darf aber nur die 48-Stunden-Woche maßgebend sein, da ein fortwährender Verstoß gegen dieses Prinzip die verderblichsten Folgen nach sich ziehen könnte. Wo die Abschaffung der Sonntagsarbeit nicht möglich ist, ist die Einführung von Schichtarbeit als kleineres Übel anzusehen, weil durch diese Regelung der wöchentliche Ruhetag sichergestellt wird. Von den elssässischen Kollegen wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Abergreifen der Verhältnisse betreffs Arbeitszeit, wie sie in einigen französischen Meßer Blättern besteht, bekämpft würde. Die elssässische Kollegschaft ist der Ansicht, daß nur der Sonntag als Ruhetag in Betracht kommen könne, und eine Verschiebung auf einen anderen Wochentag abzulehnen sei. Ein Antrag auf Einberechnung der Militärdienstzeit während des Krieges zur Verbandszugehörigkeit wird abgelehnt, da die Kontrolle über den Dienstnachweis schwer, ja unmöglich wäre. Ein Vorschlag auf Gewährung eines Zuschusses an Arbeitslose, die die städtische Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben, wird abgelehnt; dagegen wird ein Antrag, der eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung von 2 Fr. pro Tag für die Bezugsberechtigten aller Kategorien vorsieht, angenommen. Ein Antrag, die erste Staffel der Krankenunterstützung wegzulassen, wird abgelehnt. Ein Vorschlag auf Einführung einer Alterspension von 2000 Fr. pro Jahr mit Wirkung vom 60. Lebensjahre ab durch Neueinführung eines Wochenbeitrages von einem Frank wird, in Anbetracht seiner finanziellen Unübersichtlichkeit, abgelehnt; desgleichen ein Nebenantrag, die Invalidenunterstützung allgemein um 2 Fr. pro Tag zu erhöhen. Dies aus der Erwägung, daß der letztere Antrag nicht auf der Tagesordnung stand und dessen Annahme die Erhöhung der Beiträge bedingen würde. Ein Vorschlag, den Witwen der bezugsberechtigten Invaliden bzw. Mitglieder die Hälfte des zur Zeit bestehenden Unterstützungssolles als Existenzbeihilfe zu gewähren, wird wegen der finanziellen Rückwirkungen und der Schwierigkeiten betreffend Kontrolle abgelehnt. Ein Antrag, dem Regionalkomitee Vollmacht zu erteilen, den arbeitslosen Kollegen Reiseunterstützung nach gutem Ermessen zu gewähren, wird dahin entschieden, daß in Zukunft die Voraussetzungen ermäßigt sind, angemessene Reiseunterstützung für Rechnung der Regionalkasse zu bewilligen. Einlegung von B o n t s, d. h. Zusammenhang von Ferienlagen durch Einholen der verlorenen Arbeitsstunden an anderen Tagen, wird in der

Form festzuhalten sein, wie sie durch die letzten Tarifverhandlungen vereinbart wurde. Die Annahme dieses Vorschlages erfolgte mit 25 gegen 2 Stimmen. Der Regionalbeitrag bleibt in der bisherigen Höhe bestehen. Eine momentan bestehende Ausnahme betreffend die Behandlung von Mitgliedern, die vom Beruf abgehen, und die jetzt von der Beitragsleistung für die Regionalkasse entbunden waren, den Federationsbeitrag aber weiter bezahlen mußten, soll dadurch aus der Welt geschafft werden, daß vom Beruf abgehende Mitglieder in Zukunft den vollen Beitrag zu zahlen haben, unter Wahrung ihrer ganzen Unterstützungsberechtigung. Kollegen, die mit dem Abgang vom Beruf die Beitragsleistung einstellen, müssen bei eventueller Rückkehr zum Beruf eine Karenz von 26 Wochen absolvieren, ehe sie wieder in ihre früheren Rechte eintreten. Aber die definitive Annahme dieser Neuauflage des Statuts hat der nächste Kongress zu beschließen. Seit Jahren schon macht sich die Notwendigkeit der Einstellung eines festbesoldeten Regionalvorsitzenden für Elsaß-Lothringen fühlbar. Sie wird bedingt durch das Anwachsen der Mitgliederzahl der Gruppe und speziell des Ortsvereins Straßburg sowie durch die stetige Zunahme der gewerkschaftlichen Aufgaben, die durch Kollegen im Nebenamt sehr schwer zu erledigen sind. Der Kongress spricht sich mit 29 Stimmen gegen 3 für die Schaffung dieses Postens aus. Mehrere Redner haben hervor, daß es recht und billig sei, daß die Gesamtorganisation sich an den Kosten zu beteiligen habe, da für andere Regionen, zum Beispiel Lyon, die an Mitgliederzahl nicht bedeutender ist, als die Region Elsaß-Lothringen, dies zutrifft. Eine Kommission wird die Obliegenheiten und die Anstellungsbedingungen für den neuen Funktionär aufstellen. In Anbetracht der Anstellung dieses Beamten, der sowohl Präsident des Regionalkomitees als Vorsitzender der Ortsgruppe Straßburg sein wird, wird bei der Neuwahl des Vorstandes die Präsidentenstelle offengelassen. Kollege Buchmann wird als Vizepräsident wiedergewählt. Die Beschlüsse werden teils wiedergewählt, austretende Mitglieder durch andere ersetzt. Den Posten des Redakteurs des Verbandsorgans übernimmt an Stelle des demissionierenden bisherigen Schriftleiters Kollege Kalinik der demnächst zu ernennende Verbandsfunktionär. Nachdem Mülhausen als Tagungsort des nächsten Kongresses erwähnt wurde, hebt der Präsident die Sitzung auf. Unter dem Umschwung der Verhältnisse nach dem Kriege hatte das Buchgewerbe des französischsprachigen Lothringens weitaus mehr zu leiden als das deutschsprachige Elsaß. Es war demnach auch hier, wo die Prinzipalität am schnellsten Morgenluft witterte und durch Anwendung aller Mittel, nicht zuletzt durch Anwerbung von Arbeitskräften aus benachbarten Departements, die zum Großteil in ihrer Heimat von der Organisation nicht erschaffen waren, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu drücken suchte. Schwere Jahre waren es für den Lothringischen Verband, insbesondere für die Sektion Metz, wo die besten Führerkräfte sich rasch verbrauchten in dem Bestreben, das Prestige des Verbandes zu wahren. Firmen, die von jeter tariffrei waren, gingen der Tarifgemeinschaft verloren, weil sie der Ansicht zuneigten, unter der tariffreien Arbeit Weichen schießen zu sehen. In den meisten Fällen ist das Gegenteil eingetroffen. Die tariffreien und vermeintlich billigeren Arbeitskräfte waren in Wirklichkeit kostspieliger als die tariflich entlohnten Mitarbeiter, die sich ihrer Manneswürde bewußt waren. In den letzten Jahren hat sich die Lage stabilisiert und es ist höchst erfreulich zu konstatieren, unter welcher glücklichen Umständen die Sektion Metz ihr 50 jähriges Bestehen feiern konnte. Delegierte aus allen Sektionen der Regionalgruppe Elsaß-Lothringen hatten sich zur Feier eingefellt. Seitens des Zentralvorstandes aus Paris war Generalsekretär Riohon anwesend. Aus Saarbrücken und Luxemburg hatten sich Delegationen eingestellt. Hervorzuheben ist, daß der einzige noch heute lebende Mitbegründer des Ortsvereins Metz, Kollege A d a m N e u b e r t, als 74jähriger Jubiläe bei seinem Sohn in Hannover lebt. Man kann sich die Freude dieses alten Kollegen vorstellen, als ihm durch die Sektion Metz ermöglicht wurde, der Jubiläumsfeier persönlich beizuwohnen. Zu der Hauptfeier und auch zu dem am folgenden Tage stattfindenden Bankett hatten sowohl die Ortsbehörden, als die Prinzipalvereinigung Vertreter entsandt. Die ganze Veranstaltung stand unter dem Zeichen schönster kollegialer Harmonie und hinterließ den Eindruck, daß es der Sektion Metz unter der gegenwärtigen Führung vergönnt sein wird, weitere schöne Erfolge im Interesse der graphischen Arbeiterschaft zu erzielen.

Association für die zweite Hälfte des Jahres 1929 ist in dem Vermögenszuwachs von 12 337 Pfund während des Halbjahres zu erblicken. Das Vermögen der Verbandskasse am Ende des Jahres 1929 betrug 26 034 Pfund, gegen 13 697 Pfund, das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre von 12 337 Pfund. Leiber zeigt der Invalidentfonds, dessen Kapitalwert von 95 310 Pfund auf 94 600 Pfund gesunken ist, einen Verlust im Halbjahre von 710 Pfund. Ende Dezember betrug die Mitgliederzahl der Typographical Association 33 499 (gegen 32 846), hatte also einen Zuwachs von 653 Mitgliedern. Es starben im zweiten Halbjahre 180 Mitglieder, deren Durchschnittsalter 57,44 Jahre betrug. Im Arbeitslosenproblem hat die Frage eine gewisse Bedeutung gewonnen, die diejenigen Arbeiter betrifft, welche während ihrer Arbeitslosigkeitzeit eine technische Schule besuchen. Darf man ihnen die geistliche Unterstützung auszahlen oder nicht? Um in dieser Sache Klarheit zu schaffen, hat sich der Zentralausschuß des Provinzverbandes um Rat an das Arbeitsministerium gewandt. In seiner Erwiderung hat letzteres geäußert, daß es kein Hindernis gegen die Bezahlung der Unterstützung an die genannten Arbeiter setzen kann, vorausgesetzt daß sie die geistlichen Erfordernisse erfüllen und sich täglich zur Verfügung halten, um geeignete Beschäftigung anzunehmen. Solche Bedingungen sind statutarisch, und die Entscheidung, ob sie erfüllt worden sind, liegt nicht beim Ministerium, sondern bei den Schiedsrichtern der Gawe. Der Zentralausschuß des Verbandes hat daher beschlossen, den Arbeitlosen, die eine technische Schule besuchen, die volle Unterstützung zu bezahlen, wenn sie die genannten Voraussetzungen erfüllen. Diese Entscheidung ist ein wesentlicher Fortschritt besonders für die jungen arbeitslosen Kollegen, die um ihre berufliche Fortbildung bemüht sind.

Korrespondenzen

Innsbruck. Am 21. Juni hielt der Bezirk Innsbruck nach mehrjähriger Pause wieder eine gemeinsame S o h a n n i s e i e r im Drauzerisaal zu Innsbruck ab. Besonders Anlaß hierzu boten vor allem eine ganze Reihe von Jubiläen innerhalb des Bezirks. Der Bezirksverein selbst besteht nun zehn Jahre, die beiden Druckerzeitschriften Innsbruck und Kofenburger o. B. können auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Außerdem konnten wir noch 10 Jahre Lehrungsabteilung, 20 Jahre Druckerparade und fünf Jahre „Typographia“ in Innsbruck mit dieser Feier verbinden. In das abwechslungsreiche und stimmungsvolle Programm teilten sich die „Typographia“ (Innsbruck), Kollege Kugler und Frau Ziegler (Innsbruck) als Solisten sowie die verstärkte Schrammkapelle Donnhäuser (München). Sämtliche Darbietungen, in gebieter und musterhaltiger Weise zum Vortrag gebracht, erfreuten sich eines reichen und verdienten Beifalles seitens der Zuhörer. Kollege R ö h r l e (München), als Vertreter des Gausvorstandes, hielt die Festrede und betonte in kurzen Worten den Zweck der Johanniseier für uns als Verbandskollegen. Besonders beachtete er das segensreiche Wirken unseres Verbandes durch seine hervorragenden Unternehmenseinrichtungen. Nur zu richtig fand die in allen Teilen harmonisch verlaufene Feier ihren Abschluß. — Am 22. Juni vormittags vereinigte sich eine stattliche Anzahl Kollegen aus den verschiedenen Druckorten des Bezirks im Gewerkschaftssaal zur „Stadt Nürnberg“ zur Jubiläumsfeier der Bezirksversammlung. Nach dem herzlichen Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden Krieg (Innsbruck) ehrte die Versammlung das Andenken des an den Folgen eines Motorradunfalls verstorbenen Kollegen Karl Dehm. Zum ersten Punkt der Tagesordnung konnte der Vorsitzende die Kollegen Konrad Schmidt (Innsbruck), Adolf Seidelmeier (Kofenburger), Karl Söndle (Kofenburger) und Karl Hefner (Windsheim) für 25jährige Treue zur Organisation durch Überreichung einer silbernen Verbandsnadel ehren. Die Ehrung des Kollegen Karl Zeitrig (Innsbruck) wurde wegen Krankheit des Kollegen verjagt. Die Berichte aus den Druckorten ließen erkennen, daß die herrschende Wirtschaftskrise auch an unserm Bezirk nicht spurlos vorübergeht. Der Kernpunkt der Versammlung war ohne Zweifel das Referat des Kollegen R ö h r l e (München) über „Wirtschaftliche Rundschau“. In etwa einstündigen Ausführungen beachtete der Redner unser heutige Wirtschaftslage, die wenig Verbesserungswillige für das Proletariat enthält. Redner Beifall befohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Für die Herbstversammlung wurde Neudentersau bestimmt. Zur Frage der Entschädigung der Lehrungsleiter in den kleineren Druckorten anläßlich des Jungbuchsdruckertages kam zum Ausdruck, daß der Gau hier für die Auslagen der Begleiter der Lehrlinge aufkommen müsse.

Bamberg. Am 22. Juni hielt der Bezirk Bamberg seine diesjährige Bezirksversammlung in Bamberg ab, verbunden mit S o h a n n i s e i e r und 45 jährigem Bestehen der „Typographia“. Bezirksvorsitzender Schiefer eröffnete die gut besuchte Bezirksversammlung. Warme Begrüßungsworte richtete er an die Versammlung und begrüßte insbesondere den zweiten Gausvorsitzenden Ebert (München). Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gelehrt. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus den Berichten der einzelnen Vorstände war zu entnehmen, daß wir im vergangenen Jahr viele Arbeitslose hatten. Nun hielt Kollege E b e r t ein Referat: „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.“ In etwa zweistündigem Vortrag schilderte der Redner in klarer, durchaus sachlicher Weise die Wirtschaftslage wie sie tatsächlich ist. Redner Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab in großer Einmütigkeit die Wiederwahl des alten Vorstandes. Als nächster Ort der Bezirksversammlung wurde Staffelfeld vorgeschlagen. Sodann schilderte der Vorsitzende der „Typographia“, Kollege R a n n e r, den Werdegang während der verflochtenen 45 Jahre. Von den Gründungsmitgliedern leben noch sechs Kollegen. Es sind dies die Kollegen Joseph Götting, Lorenz Welfa, Hans Meßger, Franz Reges, Emil Klein (Stuttgart) und

Karl Knecht (Münberg). Den verstorbenen Mitgliedern widmete die Versammlung ein kühles Gedächtnis. Der Nachmittags galt der Fiktion als dem Nachseher. Die Regimentskapelle sorgte für musikalische Unterhaltung. Besonderen Dank und Anerkennung verdient der Dirigent der „Typographia“, Herr Bauer, der eigens zu dem Fest ein Männerchor „Gutenberg“ komponierte. Kinderbeschäftigungen sowie das unermüdbare Preisquadratfest wechselten mit Männerchören und Musikstücken der schier unermüdblichen Kapelle ab. Zwischenbüchlein wies Bezirksvorsitzender Schliefer in kurzen herzlichen Worten auf die Bedeutung des Jubiläumstages hin. Der Besuch des Festes (wohl an 1300 Personen) war ausgezeichnet.

Braunschweig (Drucker.) Am 28. Juni veranstalteten wir in Wolfenbüttel eine gut besuchte Wanderversammlung. Als Referenten hatten wir Herrn Werbeleiter Schmidt von der Farbenfabrik Hofmann-Steinberg (Celle) gewonnen, welcher uns einen sehr lehrreichen Vortrag mit Lichtbildern über die Herstellung der Farben und ihre Verwendung in der Praxis hielt. Wir dankten auch hier der Firma wie ihrem Vertreter Herrn Alten für das uns Gebotene. Es wurde noch beschlossen, im September das 34. Stiftungsfest nur in Mitgliederkreisen zu feiern. Als nächste Veranstaltung ist die Beschäftigung eines Braunschweigischen Werkes vorgesehen. Wir erwarten für die Zukunft, daß alle Mitglieder wieder den Weg zur Versammlung finden, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen uns, enger denn je zusammenzutreten.

Dresden (Maschinenleger.) — **Wierteljahrsbericht.** Herr Student Dr. Eichler hielt in unserer Wirterversammlung einen Lichtbildervortrag über „Sinnere Drüsen und ihre Hormone“, in dem uns die Funktionen der verschiedenen Drüsen, ihre Lage im menschlichen Körper und ihre gegenseitigen Beziehungen anschaulich wurden. Auch zeigte er, wie durch Verkleinerung oder Wachstumsüberlagerung der Drüsen die folgenschwersten körperlichen, geistigen und seelischen Krankheiten entstehen. Ferner sprach er über die Forschungsergebnisse Professor Steinachs in Wien, Verpflegung von Drüsen betreffend, sowie über Pubertät, Zwittertum und Homosexualität. — Am 16. März fand ein Lehrvortrag in den „Dresdner Nachrichten“ statt, der einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Es wurden vom Kollegen Engel Klavierführungen beobachtet und durch Auseinandernehmen der Klaviatur praktisch demonstriert. — Am 6. April wurde der Mantelstreifen einer Besprechung unterzogen, außerdem hörten wir einen Vortrag des Herrn Studentens Dr. Troitzsch über „Große und kleine Anfangsbuchstaben“, der eine lebhafteste Aussprache auslöste. — Eine Beschäftigung der Monotypenlage der Buchdruckerei Römmler & Jonas gab den Teilnehmern Gelegenheit, die neuen Maschinen und ihre Arbeitsweise kennen zu lernen. Auch in hygienischer Beziehung ist dieser Betrieb musterhaft. — Die Wirterversammlung war als „Technischer Sonntag“ bezeichnet worden und wich insofern von dem üblichen Versammlungsbild ab, als eine ausgezeichnete Ausstellung von etwa 50 Photographien von den verschiedensten Sechsmaschinen und ihren wichtigsten Teilen gezeigt werden konnten. Außerdem lagen eine große Anzahl von Sachbeispielen aller Systeme aus, die eingehend besichtigt wurden. Eine Besprechung erfolgte durch die Kollegen Eise und Engel. Leider waren die erbetenen Modellteile der Wertgähler Sechsmaschinenfabrik nicht rechtzeitig eingetroffen, so daß sie erst in der Junierversammlung durch den Kollegen Engel vorgeführt werden konnten. Auch die Rundschreiben der Zentralkommission sowie die Berliner Vorgänge wurden debattiert. — Am 30. und 31. August findet in Dresden der Dritte Sachsentag der Maschinenleger statt, dessen Höhepunkt die „Sachsentagerversammlung“ am Sonntag sein soll. Abends vorher bezieht die „Maschinenlegervereinigung im Gau Dresden“ ihr 30. Gründungsfest im „Trinanon“, zu dem die Teilnehmer am Sachsentag herzlich eingeladen sind. Der Zutritt zu dieser Feier ist für Spartenkollegen frei. — Am nächsten Tage fahren wir mit Sonderdampfer nach Pirna und abends wieder zurück nach Dresden. Die Dresdner Kollegenschaft hat alle Vorbereitungen getroffen, um den Teilnehmern den Aufenthalt in ihrer Mitte so angenehm wie möglich zu gestalten und erhofft eine recht gute Beteiligung der Maschinenleger Sachsentag.

Elberfeld. In der zweiten Bezirksversammlung am 29. Juni in Wald hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Weber berichtete über die Lage des Gewerbes im Bezirk und über die große Arbeitslosigkeit im allgemeinen. Arbeitslos sind 156 von insgesamt 680 Mitgliedern des Bezirks. Ferner gab Vorsitzender den Unwesenden ein klares Bild von der Reichsbedarfsamtsprüfung in Sachen der Einstellung von Rotationsern bei der Firma S. Lucas. Die Klage sei zu unsern Gunsten entschieden worden, und zwar so, daß die Firma in diesem Jahr sechs und im nächsten Jahr acht Rotationsern dreifacher Schicht mehr an ihren vier zweifarbigen Rotationsmaschinen beschäftigen muß. Kollege Biedfeld gab einen ausführlichen Bericht von der Jugendleiterkonferenz und über das glänzend verlaufene gewerkschaftliche Jugendtreffen in Köln. Kollege Reus gab den Bericht von der Bezirksleiterkonferenz. Die Berichte fanden die Zustimmung der Versammlung. Freudigen Wiederhall bei den Kollegen fand die Mitteilung, daß die kommunikalische „Sollinger Arbeiterstimme“ nicht mehr in Solingen, sondern als Kopfstalt in Düsseldorf hergestellt wird. Durch den Eingang dieser Drucker ist natürlich der größte Teil der dortigen „Bären“, die im vergangenen Jahr an Stelle unserer ausgesperrten Kollegen in hinterlistiger Weise dort einprangen, entlassen worden. Es besteht nun aber die Befürchtung, daß diese „Bären“ im Deutschen Reich hier und dort in den kommunikativen Betrieben untergebracht und vielleicht auch den Anschlag an unsere Organisation suchen werden. Darauf soll ganz besonders Obacht gegeben werden, um eine Wiederaufnahme in den Verband zu unterbinden. Die Namen dieser „Bären“ sind: Adolf Freudentreich, Fritz Boigt, Heinrich Sunder, Wilhelm Herolt, Emil Niesel, Erich Dahl, Alex Knecht, Heinrich Kunkler, Wilhelm Ullrich, Konrad Klement, Erhard Friedrich, Karl Klopffaus, Otto Duane, Hugo Budmüller, Hilbrecht Braunheim, Heinrich Reimann, Albrecht Wenz, Ernst Cadurhart, Werner Faust, Karl Arnold, Alex Schmidt, Walter vom Stein und Heinrich Dahmen. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und dem Kassierer Kollegen Reus wurde auf Antrag Entlastung erteilt. Der Bezirks-

beitrag wurde von 10 auf 5 Pf. wöchentlich festgelegt, während die anderen 5 Pf. zur Stärkung der Drucksachen dienen sollen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Solingen bestimmt. Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch einige Zeit in Gesellschaft zusammen.

Halle a. S. Unfre Mitgliederversammlung am 27. Juni im „Volkspark“ wurde vom Vorsitzenden Rebenitzsch mit der Beteiligung der Tagesordnung eröffnet. Bevor in dieselbe eingetreten wurde, gedachte die Versammlung des von uns durch den Tod entrisenen Kollegen Simon in üblicher Weise. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Vogel das Wort zu seinem Vortrag: „Die Arbeitslosenversicherung“. Der Redner gab durch Beispiele den Versammelten ein klares Bild über die Auslegung und Handhabung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und ließ hierbei durchblicken, daß die organisierte Arbeiterkraft die Augen aufhalten müsse gegenüber dem beschäftigten Abbau der Sozialversicherung, speziell der Arbeitslosenversicherung. Nachdem der Vortragende in seinem Schlußwort einige an ihn gestellte Fragen beantwortet hatte, dankte der Vorsitzende dem Referenten für seinen interessanten Vortrag. Hieran schloß sich die Beschäftigung der Geistesprüfungsarbeiten. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die Versammlungen in den Monaten Juli und August ausfallen, es sei denn, daß die Verhältnisse die frühere Einberufung einer Versammlung erfordern. Ferner forderte er die Kollegen auf, die Werbeaktion des Gewerkevereins „Gutenberg“ zu unterstützen. Am 24. August findet ein Gewerkschaftsfest mit anschließender Demonstration statt. Kollege König verlas ein Schreiben des Verbandsvorstandes, in welchem auf das Verhalten der Kollegen bei etwaigen Lohnabbaueingriffen hingewiesen wurde. In den AGWB soll ein Schreiben gerichtet werden mit dem Ersuchen, alles zu tun gegen den Abbau der Sozialversicherung. — Da wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ein Jubiläum nicht stattfand, wurde der Extrabeitrag den arbeitslosen und unwilligen Kollegen in Form einer Sonderunterstützung gewährt.

Mannheim. Angehts des auch für unsre Mitglieder aktuellen Themas „Preisrentung und Lohnabbau“ hätte unsre Bezirksversammlung am 28. Juni einen besseren Besuch aufzuweisen dürfen. Der zur selben Zeit abgehaltene Reichsarbeiterporttag kann für das Fernbleiben der Kollegen nicht als Entschuldigung dienen. Dem auf tragische Weise uns Leben genommenen Kollegen Walter, allseitig beliebt und treues Mitglied unsrer Organisation, wurde ein ehrender Nachruf gewidmet. Zur Aufnahme gelangten drei Kollegen. Der Vorsitzende referierte hierauf über „Preisrentung und Lohnabbau“, was wohl zur Zeit das für uns aktuellste Thema ist, demgegenüber wir nicht indifferent sein dürften, und das wir nicht allein den Organisationen oder Politikern überlassen dürfen. Durch die Feinerzeit seitens der SPD. beantragte Beitragserhöhung um ein Prozent zur Arbeitslosenversicherung hätte man das Defizit der Reichsanstalt sanieren können, was durch die Steuererhöhung der jetzigen Bürgerlohnsteuer, die das ohnehin schmale Einkommen der Massen aus neue Belastet, nicht möglich ist, obwohl es notwendig wäre, die Kaufkraft durch Erhöhen der Preisrentung zu halten. Dazu ist notwendig, die Zusammenballung aller Arbeitnehmer und gewerkschaftlichen Organisationen. Daß unter den Gehalts- und Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer auch die Buchdruckprinzipale nicht fehlen dürfen, zeigte sich wie anderwärts auch hier in zwei Fällen; während in der einen mittleren Holzdruckerei der Abbau der Leistungszulagen nicht ganz abgewehrt werden konnte, ist es möglich gewesen, den Abbau in einer größeren Zeitungsdrukkerie durch Geschlossenheit des Personals restlos abzuwehren, was bei den Distriktsrednerern allgemein Anerkennung und Genugtuung hervorrief. Zum Schluß erklärte der Vorsitzende, eine tabellarische Umstellung der Finanzpolitik sei notwendig, dazu müßten die Massen den Einfluß im Parlament erhalten, der ihnen zusteht. Darum heraus aus dem Individualismus, mehr Aktivität auch in unsern Reihen, mehr Klarheit und mehr Kampfeswille. Den Bericht vom Sachauschuss erstattete Kollege Schramm, der den Kollegen aufzeigte, was im Interesse unsrer Lehrlinge geschieht in all der Kleinarbeit, die in einem kurzen Bericht gar nicht wiedergegeben werden kann.

Allgemeine Rundschau

Folgen einer Tätowierung. Zu dieser von uns in Nr. 59 des „Rozz.“ veröffentlichten Notiz schreibt uns der in Frage kommende Kollege dankenswerterweise, daß dieser Feststellung des Arbeitsgerichts eine Zeugenaussage zugrunde lag, die vor dem Versicherungsamt nicht aufrechtzuerhalten werden konnte. Ein Arbeitskollege fügte dem hinzu, daß er in Frage kommende Kollege nie eine Tätowierung gehabt habe, was sowohl er als auch seine Kollegen und Freunde bekräftigen können. Der Kollege klagte wegen unbilliger Härte. Die Firma resp. deren Vertreter verstand es in dem Prozeß, die Sache auf das Gebiet der Berufsfreiheit zu verziehen. Und da fand sich traurigerweise ein Verbandskollege, der von dem Unternehmer Syndikus herbeigeholt war, und die Aussage machte, seine Krankheit rühre von einer Tätowierung her. Daraufhin wurde ein Vergleich zwischen den Parteien geschlossen. Inzwischen hat am Dienstag, dem 15. Juli, eine Verhandlung vor dem Landesversicherungsamt stattgefunden, in der der Zeuge alle seine vorherigen Aussagen zurücknahm.

Ohne Überstunden. Das Reichskabinett hat beschlossen, den Firmen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zusätzliche Aufträge erhalten, folgende Verpflichtungen aufzuerlegen: 1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge ohne Überstunden auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Vorräte für den Betrieb vorliegen. 2. Die Firmen müssen sich ferner verpflichten, sich die Arbeitskräfte, die sie zur Erledigung der zusätzlichen Aufträge einstellen, von den Arbeitsämtern nachweisen zu lassen. 3. Die Firmen müssen sich schließlich verpflichten, für die zusätzlichen Aufträge nur inländisches Material zu verwenden, falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Reichsbahn und Reichspost haben sich

bereit erklärt, ihren Lieferfirmen die vorstehenden Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Länderregierungen ergangen.

Mansfeld arbeitet wieder. Wie die Verriichten toben die kommunikativen Blätter gegen die freien Gewerkschaften, weil in Mansfeld wieder gearbeitet wird, obwohl jeder Arbeiter, der rechnen kann, längst weiß, daß trotz 9 1/2-prozentigen Lohnabbaus angehts der mehr als bedenklichen Lage des Kupferbergbaus der Streik keineswegs ohne Erfolg gendeb hat. Reich und Preußen zahlen ja nicht für die Rüge Kriegenommen, sondern nur aus dem eisernen Zwang heraus, die Betriebe im Mansfelder Revier aufrecht zu erhalten. Niemand konnte und wollte die Verantwortung für ein wirtschaftliches Verfallen des Mansfelder Gebietes übernehmen. Nur die Kommunisten wollten, daß das Gebiet sich in einen Hunger-, Elends- und Krisenherd verwandelt. Sie brauchen dringend in Mitteldeutschland einen großen Elendsbeizig; denn anders können sie dort nicht mehr hochkommen.

Sozialpolitische Forderungen des Gewerkschaftskongresses. Der ordentliche Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Stockholm, über den wir in einem Artikel allgemein informierend berichteten, prüfte das sozialpolitische Programm des IGB. Er hielt es für wünschenswert, sobald wie möglich ein sozialpolitisches Programm aufzustellen, um in allen Ländern eine wirksame Kampagne für die Verallgemeinerung einer Sozialgesetzgebung zu führen, die den Arbeiter gegen die verberblichen Folgen aller ihm dauernd bedrohenden Übel schützen kann. Übel, die in erheblichem Maße durch die gegenwärtigen Gesellschaftsordnung innewohnenden Bedingungen verschärf werden. Der Kongreß war der Ansicht, daß das Ausmaß des Problems eine eingehende und genaue Prüfung und Vorbereitung nötig macht. Er glaubt, daß das geplante sozialpolitische Programm außer der Aufzählung der Fragen Erläuterungen enthalten soll, die der Propaganda in den verschiedenen Ländern zugrunde gelegt werden können. Der Kongreß erklärte weiter, daß nachstehende Reihenfolge eingehalten werden soll: Sozialversicherung; Krankenversicherung (medizinisch-pharmazeutischer Dienst unbegriffen); Invalidenversicherung; Alters- und Altersrentenversicherung; Lebensversicherung; Arbeitslosenversicherung; Mutterschaftsversicherung; Unfallversicherung; Versicherung gegen Berufskrankheiten, Familienzulagen. Sonderpunkt: Arbeiterdauer und damit zusammenhängende Fragen, Arbeiterferien, Schutz des Kindes, der Jugendlichen und der Frauen (zum Beispiel Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder, Arbeitsverbot für Jugendliche und Frauen in gesundheitsgefährdenden Betrieben usw.), technische und Berufsausbildung, Lehrlingswesen, Vermittlungs- und Vereinsfreiheit, Streikrecht, Arbeitsvertrag, Kollektivvertrag und — im Zusammenhang damit — die vollkommene Frage des Schlichtungs- und Schiedsgerichtswesens. Wirtsprachericht, Arbeitsvermittlung, wöchentliches Ruhetag, Berufsberatung, Hygiene, Kontrolle und Beihilfe; Arbeitsinspektion, besonders im Zusammenhang mit der Durchführung der Gesetze und der Maßnahmen für die Hygiene in den Fabriken, sowohl in bezug auf die sanitären Maßnahmen bei der Einrichtung der Fabriken selber, sowie die zweckmäßige Organisation der sanitären Überwachung der Beihilfe. Wirtsprachericht und Wirtarbeit der Gewerkschaften bei Anordnungen zum Schutze der Arbeiter in den Fabriken selbst. Unfallverhütung vor allem durch die Einführung immer zweckmäßigerer Maßnahmen für Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Ferner auf Grund einer zweckentsprechenden Aufklärung der Arbeiter durch Anschläge, Auskünfte, Bilder usw. in den Publikationen der Arbeiter und an deren Organen. Der Kongreß beauftragt den Vorstand des IGB, mit der Prüfung und der Ausarbeitung des vorstehenden Programms, unter Mitwirkung der angeschlossenen Organisationen und sonst nötiger Sachverständiger. Er beauftragte den Ausschuss des IGB, im gegebenen Augenblick die Resultate der Arbeiten des Vorstandes des IGB, zur Kenntnis zu nehmen und über die Maßnahmen zu bestimmen, die zur Durchführung der Beihilfe getroffen werden müssen, die als notwendig anerkannt werden, um die im geplanten sozialpolitischen Programm niedergelegten Forderungen bekanntzumachen und zu verwirklichen.

Der Rückgang des Fleischverbrauchs. Der Fleischverbrauch ist ein gutes Mittel, die Entwicklung des Massenverbrauchs im allgemeinen zu beobachten. In letzter Zeit ist ein Rückgang des Fleischverbrauchs eingetreten. Wenn man den Verbrauch der Bevölkerung 1913 gleich 100 setzt, so ergibt sich, daß die Vergleichsziffer im Jahre 1928 111,2, 1929 109,0 und im ersten Vierteljahr 1930 103,6 betrug. Da die Zahl der Erwerbslosen aber wesentlich größer ist als vor dem Kriege, ist die Annahme des Verbrauchs je Kopf der Gesamtbevölkerung nicht richtig. Zieht man nur die Fleischverbraucher Bevölkerung zum Vergleich heran, so betrug der Verbrauch (1913 = 100) 1928 100,7, 1929 98,3 und im ersten Vierteljahr 1930 96,8. Es ist also nach zwei Jahren nach der Berechnung der Reichs-Kredit-Gesellschaft nicht nur absolut und je Kopf der Fleischverbrauchernden Altersschichten ein wesentlich geringerer Fleischgenuss festzustellen. Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist also schlechter geworden. Trotzdem wird nach Mitteln und Wegen gesucht, diesen noch weiter herunterzubringen.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen? (Das Risiko der Gesellschaft.) Die Zahlungen bei Sterbefällen, das eigentliche Risiko der Gesellschaft, könnte sie selbstverständlich nicht leisten, wenn hierfür nicht die nötigen Deckungsmittel vorhanden wären. Die Deckungsmittel können natürlich nur aufgebracht werden durch die Gesamtheit der Versicherten selbst, die versicherungstechnisch betrachtet, insgesamt genau so viel einzuzahlen haben, als der Gesellschaft Gesamtverpflichtungen erwachsen. Der Grundsatz: „Einer für alle und alle für einen“ findet im Versicherungswesen seine praktische Erfüllung. Die Tarifrämie, der monatlich oder vierteljährlich zu zahlende feste Beitrag, ist in erster Linie nach der sogenannten Sterbetafel, die auf der statistisch erfassten tatsächlichen Sterblichkeit beruht, berechnet. In dieser Tarifrämie ist somit neben der eigentlichen Sparprämie, die mit Zins und Zinseszins für die Auszahlung der Versicherungssumme im Lebensfall aufgespart wird, die Risikoprämie, die zur Regalierung der eintretenden Sterbefälle bestimmt ist, enthalten. Außerdem enthält die Tarifrämie den Auf-

Schlag für Verwaltungskosten. Wenn nun durch die Zusammenfassung dieser kurz skizzierten Faktoren die Summe der Tarifprämien höher ist als die Verpflichtungen der Gesellschaft...

Kerwoche sind die besten Arbeiter. Der englische Professor Dr. William Culpin hat herausgefunden, daß nervöse Personen die besten Arbeiter sind...

Freiengewerkschaftliche Ferienreisen. Die Kulturabteilung des ADGB, Ortsausflug Leipzig, führt in diesem Jahre u. a. noch zwei sehr schöne Gesellschaftsreisen durch...

Deutsch-ungarischer Bibliotheksaustausch. Die Deutsche Biiherei hat, nachdem sie in letzter Zeit bereits mit Holland und den Vereinigten Staaten Bibliotheksbeamte ausgetauscht...

Starker Zuwachszuwachs der Deutschen Biiherei. Im ersten Halbjahr 1930 wies die Deutsche Biiherei eine Benutzung von insgesamt 146 639 Personen auf...

Bestrafte russische Journalisten. Journalisten sind in Rußland die einzigen Leute, deren Einnahmen nicht begrenzt sind. Während der Vorherrschaft eines Trusts oder einer Firma nach unsern Begriffen nur lächerlich kleine Summen verdienen...

Grabinsschriften für Buchdrucker. Ein holländisches Blatt veröffentlichte eine Anzahl interessanter Grabinsschriften, die sich auf Buchdrucker beziehen. So bekam der Direktor der ersten Stadtdruckerei in Boston, John Foster...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Arbeitslos (En). Das Druckschein an Dreifache wurde ab Sonntag, den 2. August, in der Volkshochschule, Volkstraße 1, ausgestellt. Ratgeber. Das dem Seher Gerhard Sildner aus Golef (Oberhessen) gehörige Dultungsbuch (Van Schellen 6792, Hauptbuchnummer 137 308, ist in Serawo (Serbien) verlorengegangen...

Verchiedene Eingänge. „Graphische Jahrbücher.“ Monatschrift für das gesamte graphische Gewerbe. Herausgeber: August Müller in Leipzig...

Briefkasten. V. V. in B. i. A. Studienarbeit vernehmlich gesucht. Empfehlen Ihnen, sich an den zuständigen Bauverwaltung zu wenden.

Verbandsnachrichten. Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 1141 bis 1145, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Berlin S 11, Falkstraße 65, Postkontokonto Berlin Nr. 1033 87 13, Scheckkonto: Geldinstitute an den 1. Korr. auf Postkontokonto Berlin...

Zur Aufnahme gemeldet. Einem Führer des Drucker Max K. Seide, geb. in Tausch 1901, angetraut, in Weimar 1928; von ihm Wittgeb. — Karl Wilsdorf, Weimar, Volkstraße 36.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Arbeitslos (En). Das Druckschein an Dreifache wurde ab Sonntag, den 2. August, in der Volkshochschule, Volkstraße 1, ausgestellt.

Verfammlungs-kalender. Berlin. Rotations- und Tischdruckerverammlung in Göttingen, den 3. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Nickerle-Druck, Steinstraße 63-78. Dresden. Druckerverammlung in Luga, Sonntag, den 2. August, abends 6 1/2 Uhr, im Volkshaus (Saal 1), Dresden. Maschinen- und Druckerverammlung in Luga, Sonntag, den 3. August, vormittags 10-11 Uhr, im Restaurant „Derby“...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengepaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ müssen höchst nur durch Einschlagung auf das Postkontokonto Berlin NW Nr. 264 10

Berein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umgeg. Am Sonntag, dem 10. August, vormittags 10 Uhr, in den „Arminialen“ (Walter Sealmann), Romanmandantenstraße 69/70: Verfammlung Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Mitteilungen. 3. Bericht.

Der Berliner Stadtaufgabe (ohne Postabkommen) dieser Nummer liegt bei ein Prospekt von der Firma Altmann & Co., Berlin SW 19, Romanmandantenstraße 10/11, den wir besonderer Beachtung empfehlen.

Am 24. Juli verstarb nach kurzem Krankenlager und kurzen Invalidenstand unser lieber Kollege, der Seher 1844 Georg Böhle aus Magdohheim, im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Maschinenseherverein für den Gau Württemberg.

Am 24. Juli verstarb nach kurzem Krankenlager und kurzen Invalidenstand unser lieber Kollege, der Seher 1844 Georg Böhle aus Magdohheim, im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Maschinenseherverein für den Gau Württemberg.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Bierkrüge Glasseidel mit eingebranntem farblos. Buchdrucker-Wappen und Aufschrift „Verband der deutschen Buchdrucker“ als Jubiläums-Geschenk! Sonderanfertigungen mit Vereinsnamen und Widmung, Gravierungen billigst! Verlag K. Siegl, München Columbusstraße 1.

Für Drucker Dogenanlegenapparat Rotary 1,00 Mk. Dogenanlegenapparat Universalf 1,00 Mk. Das Ausschließen 2,25 Mk. Die Klebedruck 2,75 Mk. Die Zuschung 0,50 Mk. Druckfarben, Binder mittel 3,50 Mk. Schmilz 0,69 Mk. Spielze 0,75 Mk. Zuschung und Werkzeuge 0,60 Mk. Was muß der Buchdrucker von Walzen, Farbwerk, Aufzug und Zuschung wissen? 0,75 Mk. Verlag: Zweigverein des D. D. B., Berlin SW 61, Dreibundstr. 5.

Am 24. Juli verstarb nach kurzem Krankenlager und kurzen Invalidenstand unser lieber Kollege, der Seher 1844 Georg Böhle aus Magdohheim, im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Maschinenseherverein für den Gau Württemberg.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Absuma kann nicht schlanzen, durchfällt Mate Blut und Harn! Knorr's Mate (Harnsäure-Segner) (das lebensverlängernde Nationalgetränk der Weltamerikaner). Wirkung des Ursubstanzgetränkens und der Selbstheilbarkeit. Das Garantie-Mittelverhältnis gegen Rheumatismus! 3 Pfund brutto 6 Mk., 1 Pfund 2 Mk. (Garantie: Rückzahlung bei Mangelhaftigkeit). Freil ins Haus durch Kollegen Alfred Knorr, Dresden 2, Hauptstraße 18 (Hof-Warenhaus). (Postfach 60.) Welt-Kollegenempfehlung für Groß-Berlin: Kollege Karl Siegl, Berlin N 20, Schwedestraße 13. Für Leipzig: Kollege E. Schenck, Schillerstraße 83 II.

Am 24. Juli verstarb nach kurzem Krankenlager und kurzen Invalidenstand unser lieber Kollege, der Seher 1844 Georg Böhle aus Magdohheim, im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Maschinenseherverein für den Gau Württemberg.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Schreibgießer der an ältestenmannigfaltigen Komplexionsmaschinen durchaus perfekt ist, hier neuzeitliche Bauglieder eines großen Setzungsbetriebes in Weiskalen gesucht. Eintritt Ende August oder Anfang September. Offerten mit Werdegang, Gehaltsansprüchen usw. unter Nr. 845 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Am 24. Juli verstarb nach kurzem Krankenlager und kurzen Invalidenstand unser lieber Kollege, der Seher 1844 Georg Böhle aus Magdohheim, im Alter von 30 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Maschinenseherverein für den Gau Württemberg.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

Am 20. Juli verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenseher 1843 Alfred Deiler aus Rehborn, im Alter von 30 Jahren. Wir haben ihn als einen treuen und zuverlässigen Geschäftsführer kennen gelernt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. Bezirksverein Koblenz, Ostverein Kreuznach.

3. Sachsentag der Maschinenseher am 30. und 31. August in Dresden!

Verlag: Treuhandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 + Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Heimholz, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 + Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 1191, 1141-1145 + Druck: Buchdruckverlag, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5